

Meldepflicht bei Antisemitismus gefordert

Berlin. Der Beauftragte der Bundesregierung für den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, hat eine bundesweite Meldepflicht für antisemitische Vorfälle an Schulen gefordert. Zudem sollten alle Bundesländer einen Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften berufen, sagte er der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten* (Vorabmeldung aus Dienstausgabe). Bisher gibt es eine Meldepflicht nur in Berlin und Baden-Württemberg, einen Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften nur in Berlin und Bayern. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/357829.meldepflicht-bei-antisemitismus-gefordert.html>